Europa muss sich rüsten

Autor(en): Roos, Gregor Anton

Objekttyp: Article

Zeitschrift: ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Band (Jahr): 185 (2019)

Heft 7

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-862683

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

Europa muss sich rüsten

Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen meint, dass Europa angesichts der Weltlage sicherheitspolitisch handlungsfähiger werde und sich rüsten müsse. Die Streitkräfte in Europa würden sich schon jetzt miteinander verzahnen. Mittlerweile hätten sich bereits 25 Nationen der europäischen Verteidigungsunion Pesco* angeschlossen. Deutschland sei gemeinsam mit Frankreich Treiber in Europa.

Gregor Anton Roos

Als besonderen Meilenstein nannte sie den vom Kabinett bereits gebilligten Entwurf für den neuen «Elysée-Vertrag», der festlegt, dass Deutschland von nun an sicherheitspolitische Herausforderungen gemeinsam mit Frankreich angehen will. Deutschland und Frankreich wollen eine gemeinsame Kultur entwickeln und diese in Europa einbringen. Das erklärte Ziel der beiden Länder sei ein enger abgestimmtes Verhalten der Europäer in den Vereinten Nationen.

Ein Novum sieht sie in der Tatsache, dass Deutschland und Frankreich, vor Jahren noch Rivalen und Erzfeinde, sich gegenseitig einander künftig jede erdenkliche Hilfe und Beistand für den Fall eines



Die Verteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen (li) und Florence Parly .

bewaffneten Angriffes auf das Hoheitsgebiet des anderen gelobt. Dieses Beispiel zeige, welche einigende und friedensstiftende Kraft in Europa stecke. «Dass wir Europäer uns unterhaken, ist zwingend notwendig. Andere Gross- und Supermächte verfolgen konsequent eigene Interessen und bauen ihre Einflusssphären in der Welt aus.» Und sie meint, dass die Steigerung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit zunächst erhebliche Investitionen in eine einheitliche moderne Ausstattung erfordert. «Erst eine notwendige Anschubfinanzierung kann Sy-

nergieeffekte und sinkende Kosten für Beschaffung und Betrieb militärischen Geräts ermöglichen, genauso die gemeinsame Ausbildung von Soldaten und die Modernisierung überhaupt.» Sie habe den Vorschlag gemacht, einen regelmässig auf europäischer Ebene tagenden Ausschuss nationaler Parlamentarier früh über sich abzeichnende Krisenszenarien auf dem Laufenden zu halten. Europa sei trotz Brexit eine einzigartige Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern in Freiheit und Wohlstand.

Deutsche Beiträge

Von der Leyen meint auch ganz klar, dass Europa auf dem richtigen Weg sei und trotz Brexit eine einzigartige Gemeinschaft aus einer halben Milliarde Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Wohlstand sei. Dieses Europa soll auch in der Lage sein, sich nach aussen zu schützen.

Die deutsche Bundeswehr kann mehrere grosse Rüstungsvorhaben auf den Weg bringen.

Der Verteidigungsetat soll 2019 um 320 Mrd. Euro erhöht werden. Ab dem Jahr 2020 will die Koalition insgesamt 5,6 Mrd. Euro für grosse Rüstungsprojekte bereitstellen. Im Bundeshaushalt werden sie als «Verpflichtungsermächtigungen» verankert werden. Das sei wichtig für die Pläne der Bundeswehr für die Folgejahre.

Das Verteidigungsministerium kann somit die Auftragsvergabe für das Mehrkampfschiff MKS 180, die schweren Transporthubschrauber und das Raketenabwehrsystem TLVS sowie neue U-Boote realisieren. Von Vorteil für die militärischen Planer ist zudem, dass die Projekte untereinander «deckungsfähig» sind. Stockt ein Projekt, dann kann das freiwerdende Geld auf zügiger voranschreitende Waffensysteme umgeschichtet werden. Im Bundeshauhalt werden sie als «Verpflichtungsermächtigung» verankert. Die zusätzlichen finanziellen Mittel sollen 2019 nicht nur in Grossprojekte flies-

sen. 1,3 Mrd. Euro will die Regierung für persönliche Ausrüstung und Uniformen der Soldaten ausgeben. Und der Fuhrpark der Bundeswehr kann 2019 neue Lastkraftwagen kaufen. Die Ministerin bemüht sich, darum das Image des Transportflugzeuges A400 M aufzubessern, das bisher als «Pannenflieger» in die Schlagzeilen geriet und jahrelang als «zu spät, zu teuer und zu fehlerhaft» bezeichnet wurde. Deutschland will in den nächsten Jahren die Verteidigungsausgaben stetig steigern. Als Ziel gilt, den Verteidigungsetat bis 2024 auf 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Persönliche Wertung

Verteidigungsministerin von der Leyen hegt ehrgeizige Pläne. Sie sieht sich zusammen mit Frankreich als Triebfeder in der gesamteuropäischen Sicherheitspolitik. Mit den vorgesehenen Rüstungsvorhaben nimmt sie jenen Kritikern den Wind aus den Segeln, die Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr äussern. Die studierte Medizinerin (Dr. med.) analysierte haarscharf die kritischen Punkte und liess die Ergebnisse in ihre Rüstungsplanung einfliessen. Mit Frankreich zeichnet sich eine erfreuliche und engere Zusammenarbeit ab. Es überrascht, dass die Bundesregierung Milliardenbeträge bereitstellt. Es ist zu hoffen, dass sich unsere Verteidigungsministerin Viola Amherd von den Plänen von Ursula von der Leyen inspirieren lässt, wo es neutralitätsbedingt angebracht ist.

* Der Autor hat in der ASMZ 01-02/2018, Seite 15, die Verteidigungsunion der EU Pesco vorgestellt.



Oberst a D Gregor Anton Roos lic. phil. I ehemaliger VA in Wien, Belgrad und Prag 3360 Herzogenbuchsee